

## **Kleine Anfrage 4287**

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

### **Ungereimtheiten in der Verwaltung der Gemeinde Brieselang**

In der Gemeinde Brieselang gibt es immer wieder Vorgänge, die von vielen Gemeindevertretern kritisiert werden aufgrund der dortigen Mehrheitsverhältnisse aber keine weitere Beachtung finden. Es geht um folgende 4 Themenkomplexe:

#### **1. Komplex: Jahresabschluss der Gemeinde Brieselang für das Jahr 2011**

Nach der Wahrnehmung von vielen Gemeindevertretern in der Gemeinde Brieselang wird die Erstellung der Jahresabschlüsse der Gemeinde verschleppt. So legte der Bürgermeister der Gemeindevertretung den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2011 erst im Januar 2018 vor. Wörtlich schrieb der Bürgermeister an die Gemeindevertreter am 15.01.2018: *„Die Jahresrechnung für das Jahr 2011 ist fertiggestellt und geprüft. Sie wird Ihnen am 19. Januar zugestellt. Herr L. (Anmerkung: der Kämmerer) und ich haben uns darauf verständigt, dass diese zwar auf der Tagesordnung des Hauptausschusses am 24.01.2018 stehen wird, aber die Beschlussfassung ist nicht für die Sitzung der Gemeindevertretung im Januar sondern für die darauf folgenden Sitzung geplant, damit Sie genügend Zeit haben das sehr umfangreiche Werk (einige 100 Seiten) zu studieren.“* Unter gleichem Datum fertigte der Kämmerer die Vorlagen für die Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2011 und zur Entlastung des Bürgermeisters für die Gemeindevertretung am 31. Januar 2018. Sie wurden von der Vorsitzenden der Gemeindevertretung aufgerufen und mehrheitlich beschlossen. Die Fraktion der Wählervereinigung IBB legte nach Aufruf des Tagesordnungspunktes Widerspruch gegen die Beschlussfassung ein und begründete dies mit einer Täuschung der Gemeindevertreter durch das Schreiben des Bürgermeisters vom 15.01.2018. Die Vorsitzende wies den Widerspruch zurück. Es gab keine inhaltliche Diskussion und keine Fragen zum Jahresabschluss. Aus der IBB-Fraktion hat sich wegen des Schreibens kein Mitglied mit dem Jahresabschluss für die Januar-Sitzung beschäftigt, anderen Fraktionen ging es den Äußerungen nach ähnlich.

Nach vollständiger Durchsicht des Jahresabschlusses 2011 im Nachgang zur Beschlussfassung im Januar 2018 erscheinen mindestens zwei Aspekte aus dem Jahresabschluss als kritisch/problematisch

**A.** Im Jahresabschluss 2011 wird auf Seite 387 (Seitenzahl lt. PDF-Dokument, sonst Anhang des Rechenschaftsberichts, Seite 7, Ziff. 1.2.8) eine Skaterbahn als „im Bau befindliche Anlage“ mit einem Wert i.H.v. 1.203,14 EUR ausgewiesen. Diese Skaterbahn

Eingegangen: 13.02.2019 / Ausgegeben: 14.02.2019

sollte aus Spendengeldern finanziert werden; das Grundstück ist inzwischen verfallen und die Bahn wurde bis heute nicht fertiggestellt.

B. Auf Seite 411 (Seitenzahl lt. PDF-Dokument, sonst Teil C, Anhang und Anlagen, Rückstellungsübersicht) des Jahresabschlusses 2011 wird für IB S. (Ingenieurbüro S.) eine Rückstellung i.H.v. 2.700 EUR (Text: „IB S. + Skaterbahn Spende zurück“) ausgewiesen, die i.H.v. 250 EUR im Jahr 2011 in Anspruch genommen und zurückgezahlt wurde.

B. Der Jahresabschluss ist auf [www.gemeindebrieselang.de](http://www.gemeindebrieselang.de), Quicklinks Ratsinformationssystem, Jahr 2018, Monat Januar, 32. Sitzung Gemeindevertretung am 31.01.2018, dort unter BV/0645/18, Anlagen JA 2011 Endfassung zu finden.

## 2. Komplex: Die Spendensammlung des Bürgermeisters

Ab 2004 sammelte der Bürgermeister zu seinem 50. Geburtstag Spenden für den Bau einer Skaterbahn in Brieselang. Die Spenden betrugen lt. Aussagen des Bürgermeisters Ende 2004 4.700 EUR und in 2010 7.767,39 EUR zzgl. 1.500 EUR an Sachleistungen und eine abrufbare Zusage i.H.v. 500 EUR. In diesem Rahmen spendete IB S. mind. 2.700 EUR lt. Jahresabschluss 2011.

Lt. Schreiben der Kommunalaufsicht vom 12.12.2018 an die IBB, Seite 2, erhielt „IB S.“ bis 2018 **13 Aufträge in Gesamthöhe von 434.925,44 EUR durch freihändige Vergaben des Bürgermeisters**. Das erste Projekt von IB S. datiert aus 2007 (Jahr des Straßenbaus). Jährlich erhielt IB S. mind. einen Auftrag, nur im Jahr 2011 führte die Gemeinde keinen Straßenbau durch. Genau in diesem Jahr 2011 wurde im Jahresabschluss die Rückforderung der Spende für die Skaterbahn von IB S. dokumentiert, wobei nur der Teilbetrag von 250 EUR zurückgezahlt wurde. Unmittelbar im Anschluss erhielt IB S. im Jahr 2012 einen neuen Auftrag für die Planung des Wohnquartiers Fontanestr. u.a. und damit ein Honorar von über 56.000 EUR.

## 3. Komplex: Obergrenzen für Vergaben durch den Bürgermeister

Nach § 10 der Hauptsatzung der Gemeinde Brieselang ist der Hauptausschuss für Vergaben zuständig, die die Grenze von 20.000 EUR übersteigen und die Gemeindevertretung bei Überschreitung der Grenze von 50.000 EUR. Diese Grenzen sind seit über 15 Jahren gültig. **Alle Vergaben an IB S. wurden, auch bei Überschreitung dieser Grenzen, vom Bürgermeister ohne Einbeziehung der Gemeindevertretung bzw. des Hauptausschusses vorgenommen.** Auf eine Vielzahl von Vergaben auch an andere Ingenieurbüros trifft diese Vergabep Praxis ebenfalls zu. Eine Rechtsaufsichtsbeschwerde an die Kommunalaufsicht des Landkreises Havelland vom 18.07.2016 wegen Nichtbeachtung der festgeschriebenen Betragsgrenzen und der Kompetenzüberschreitungen des Bürgermeisters wurde am 12.12.2018 (!) beantwortet. Die Kommunalaufsicht stellt in Unkenntnis des Jahresabschlusses 2011, der am Tag der Beschwerde am 18.07.2016 noch nicht bekannt war, fest, dass bei vielen Vergaben (auch an andere Büros) die Wertgrenze von 100.000 EUR nicht überschritten wurde und der Bürgermeister deshalb freihändige Vergaben durchgeführt hat. Die freihändige Vergabe sei zulässig gewesen, doch hat der Bürgermeister die Zuständigkeiten lt. Hauptsatzung über weit mehr als ein Jahrzehnt nicht beachtet. Ein öffentliches Interesse auf das Einschreiten der Kommunalaufsicht bestehe lt. Kommunalaufsicht Landkreis Havelland

nur bei dem Vorliegen von strafbaren Handlungen, wesentlichen Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt, Verstoß gegen Europarecht und bei vorsätzlichen, offensichtlichen, erheblichen oder wiederholten Rechtsverletzungen, die die Kommunalaufsicht hier nicht sieht, obwohl der Bürgermeister über ein Jahrzehnt seine Vergabekompetenzen in einer Vielzahl von Fällen unzulässig in einer Gesamthöhe von ca. 1 Million Euro überschritten hat.

#### **4. Komplex: Bürgermeister außerhalb der Kontrolle der Abgeordneten**

Am 25.09.2018 (Posteingangsstempel der Gemeinde) beantragte der Fraktionsvorsitzende der IBB Akteneinsicht zur Prüfung der Spenden und Spender für die Skaterbahn. Dieser Antrag wird, so wie seit Jahren diverse Anträge zur Kontrolle des Bürgermeisters, nicht bearbeitet bzw. nicht genehmigt. Die Kommunalaufsicht sieht keinen Grund zum Eingreifen (siehe Ziff. 3). Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat die Unterlagen erhalten und mit Schreiben vom 19.07.2018 mitgeteilt, dass sie den Vorgang an die Staatsanwaltschaft Neuruppin übergeben hat. Diese hat bis heute nicht reagiert.

Ich frage die Landesregierung:

- 1.1 Haben die Abstimmungen nach der Täuschung der Gemeindevertreter durch das o.g. Schreiben des Bürgermeisters vom 15.01.2018 trotzdem Rechtskraft?
- 1.2 Das Ergebnisprotokoll zur Sitzung der Gemeindevertretung vom 31.01.2018 unterschlägt die Widersprüche des Fraktionsvorsitzenden der IBB-Fraktion zu den genannten Abstimmungen. Ein Ergänzungsantrag im Rahmen der Protokollkontrolle am 21.03.2018 wurde von der Bürgermeistermehrheit abgewiesen. Ist es zulässig, bei einem Ergebnisprotokoll im Rahmen von Geschäftsordnungsanträgen eingebrachte Widersprüche nicht zu protokollieren?
- 2.1 Wann und zu welchen Bedingungen hat IB S. diese Spende (mind. 2.700 EUR lt. Jahresabschluss 2011; siehe oben) geleistet?
- 2.2 Welche weiteren Personen oder Unternehmen haben in welcher Höhe Spenden für die Skaterbahn zur Verfügung gestellt?
- 2.3 Welche Spendengelder sind noch unter welchem Haushaltstitel vorhanden und wie wurden sie angelegt?
- 2.4 Wer hat in welchem Umfang und mit welcher Begründung Spenden zurückgefordert?
- 2.5 Wie bewertet die Landesregierung die zeitliche Nähe zwischen der Spende von IB S. an den Bürgermeister der Gemeinde Brieselang als Amtsträger und den dann folgenden jährlichen Vergaben in erheblichem Umfang von Aufträgen an IB S.?
- 2.6 Wie bewertet die Landesregierung den Tatbestand, dass in dem Jahr 2011, in dem die Gemeinde keinen Straßenbau durchführte, der Jahresabschluss eine Rückstellung für die Rückforderung der Spende von IB S. aufweist, obwohl die Skaterbahn als Zweck der Spende als im Bau befindliche Anlage im Jahresabschluss 2011 ausgewiesen wurde?

- 2.7 Wie bewertet die Landesregierung den Tatbestand, dass IB S. unmittelbar im Anschluss dieser Rückforderung aus 2011 in 2012 einen neuen Auftrag durch freihändige Vergabe des Bürgermeisters oberhalb der Betragsgrenze von 50.000 EUR erhielt?
- 3.1 Wie beurteilt die Landesregierung die Begründung des Nichteinschreitens der kreislichen Kommunalaufsicht in Bezug auf die Fallzahl und Gesamthöhe der nicht nach den Vorschriften der Hauptsatzung der Gemeinde Brieselang durchgeführten Vergaben von Planungsleistungen?
- 3.2 Die Kommunalaufsicht kannte den Spendenzusammenhang nicht, da sich dieser erst im Lauf des Jahres 2018 bei intensiver Prüfung des Jahresabschlusses von 2011 durch die IBB-Fraktion ergab. Wie beurteilt die Landesregierung heute ein öffentliches Interesse an der Vergabepraxis des Bürgermeisters vor dem Hintergrund der Annahme von Spendengeldern durch den Amtsträger und des Ausweises von Spendenrückforderungen im Jahresabschluss 2011 durch IB S.?
- 3.3 Wie beurteilt die Landesregierung die Notwendigkeit, auch die vom Bürgermeister angenommenen Spenden anderer Personen zu prüfen?